

Wirkungsvolle, differenzierte Sozialpolitik der Grünliberalen

Sitzung vom Montag, 4. Mai 2015

Verfasser: Benno Scherrer

Das einzig umstrittene, dafür wirklich umstrittene und umfassend diskutierte Thema an diesem Morgen war der Vorstoss zur „Aufhebung der Rechtsverbindlichkeit bezüglich Sozialhilfeleistungen an die SKOS-Richtlinien und Erlass von kantonalen Richtlinien“ (Kantonsrats-Nr. 267/2014), den wir miteingereicht hatten.

Und nur schon das Einreichen dieser Motion hat Wirkung gezeigt, wie **Christoph Ziegler** klarstellte. Es bewegt sich etwas. Daher hat für eine Mehrheit von uns Grünliberalen die Motion ihre Schuldigkeit bereits getan, eine Minderheit hat daran festgehalten. Die Frage war, ob die Motion eine noch stärkere Wirkung entwickelt, wenn sie angenommen wird, und das wurde von uns – und vom Kantonsrat insgesamt - mehrheitlich bezweifelt. Das auch aufgrund der Versprechungen des Regierungsrates Mario Fehr die SKOS-Richtlinien zu verbessern.

Für die Befürworter sprach der Mitunterzeichner **Cyrril von Planta**. Er betonte, dass es bei diesem Vorstoss nicht darum geht, die Sozialhilfe abzubauen, sondern darum, sie zu verbessern. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass möglichst viele der Gelder dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Es geht darum, dass der Kanton seine Sozialpolitik wieder eigenständig gestalten kann.

Besonders angegangen werden müssten

- die zu umständlichen und zu wenig weitreichenden Sanktionierungsmöglichkeiten,
- die Bevorzugung von Grossfamilien in der Sozialhilfe gegenüber den Wenigverdienenden,
- die fehlende Differenzierung der Ansätze nach Alter und Lebenssituation, oder
- zu hohe Beträge in der Gesamtsumme, welche gerade Wenigverdienende zweifeln lassen müssen, ob sich denn Arbeit überhaupt lohnt.

Wegen der Rechtsverbindlichkeit der SKOS Richtlinien war eine konstruktive Diskussion kaum möglich, weil die Regierung sich bisher nur allzu gerne dahinter versteckt hat. Selbst kleine Änderungen sind nur schwierig zu erreichen.

Die SKOS hat über Jahre ihre Energie vor allem darauf verwendet, ihre Richtlinien zu verteidigen, anstatt ihre Richtlinien zu verbessern, zu revidieren und eine grössere Bandbreite zuzulassen.

Für die Grünliberalen, welche die Motion nicht unterstützten, betonte **Stefanie Huber** im Einklang mit Cyrril von Planta, dass der Zürcher Kantonsrat seit Jahren gegen eine Wand rennt, welche der Regierungsrat mit den SKOS-Richtlinien beim Thema Sozialhilfe errichtet hat. Auch sie strich heraus, dass es im heutigen System Fehlanreize gibt, die beseitigt werden müssen, damit sich Arbeit und Bildung lohnen.

Dass es Schweizerische SKOS-Richtlinien gibt, kann durchaus sinnvoll sein, aber für den Kanton Zürich ist die 1:1-Übernahme nicht in jedem Fall die richtige Lösung. Im letzten Herbst, als diese Motion vorlag, war klar, dass es einen grösseren Schritt braucht und dass es nötig ist, dem Regierungsrat deutlich zu machen, dass die Verschanzung hinter den Schweizerischen SKOS-Richtlinien als Strategie ausgedient hat.

Und nach dem ersten Aufschrei wurden seit der Einreichung des Vorstosses rasch erste Schritte gemacht – unterstützt von Evaluationen zur SKOS, die nun endlich auch einmal vorliegen. Der Prozess und die Diskussionen um Anpassungen sind im Gange und deshalb, so Stefanie Huber, könne eine Minderheit der Fraktion die Motion aufgrund der zu erwartenden Auswirkungen auf die Praxis heute nicht unterstützen.

Schliesslich ist wichtig festzuhalten, dass auch wenn die SKOS-Richtlinien verbindlich sind, die kommunalen Exekutiven und ihre Abteilungsleitenden Spielraum haben, der richtig genutzt werden muss.